



N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des
Rechnungsprüfungsausschusses am 28.11.2024**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Kleiner Saal,
Marktplatz 2,
06108 Halle (Saale),

Zeit: 17:00 Uhr bis 18:06 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend waren:

Carsten Heym	AfD-Stadtratsfraktion Halle
Torsten Radtke	AfD-Stadtratsfraktion Halle
Donatus Schmidt	AfD-Stadtratsfraktion Halle, Vertretung für Frau Marks
Dr. Jörg Erdsack	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Jan Riedel	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale), Vertretung für Herrn Haak
Elisabeth Nagel	Fraktion Die Linke im Stadtrat Halle (Saale)
Torsten Schiedung	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Dr. Mario Lochmann	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Friedemann Raabe	Fraktion Volt/MitBürger
Andreas Schachtschneider	Fraktion Hauptsache Halle, anwesend ab 17:08 Uhr
Yvonne Krause	Fraktion der Freien Demokraten (FDP) / FREIEN WÄHLER (FW) im Stadtrat von Halle (Saale)
Heinz-Jürgen Beermann	Sachkundiger Einwohner
Renate Krimmling	Sachkundige Einwohnerin
Steve Mämecke	Sachkundiger Einwohner
Ralf Meier	Sachkundiger Einwohner
Heinz-Dieter Wilts	Sachkundiger Einwohner
Yvonne Winkler	Sachkundige Einwohnerin

Verwaltung

Katharina Brederlow	Beigeordnete für Bildung und Soziales
Dr. Judith Marquardt	Beigeordnete für Kultur und Sport
René Rebenstorf	Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt
Thomas Stimpel	Referent GB I
René Simeonow	Fachbereichsleiter Rechnungsprüfung
Corinna Wolff	Fachbereichsleiterin Finanzen
Gunnar Schaaf	Abteilungsleiter Technische Prüfung und Jahresabschluss
Lisa Leluk	Protokollführerin

Gast

Christian Heine	Vorstand BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale)
-----------------	--

Entschuldigt fehlten:

Birgit Marks	AfD-Stadtratsfraktion Halle
Guido Haak	CDU Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Falko Kadzimirsz	Sachkundiger Einwohner
John Liebau	Sachkundiger Einwohner

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Der Ausschussvorsitzende, **Herr Heym**, eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsmäßige Einladung und Beschlussfähigkeit des Rechnungsprüfungsausschusses fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Dr. Erdsack bat darum, den Tagesordnungspunkt 6.1 aufgrund von Nichtzuständigkeit abzusetzen.

Herr Dr. Lochmann sprach sich für Abstimmung über das Absetzen des Antrages via Geschäftsordnungsantrag aus.

Geschäftsordnungsantrag

Abstimmung: **einstimmig zugestimmt**

Herr Heym schlug vor, den Tagesordnungspunkt 7.1 vor den Beschlussvorlagen zu behandeln.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen zur Tagesordnung. **Herr Heym** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**

Es wurde folgende Tagesordnung festgestellt:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Einwohnerfragestunde
4. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 29.08.2024
- 7.1. Information zur überörtlichen Prüfung der Finanzierung und Umsetzung des Programmes Lebendige Zentren – Erhalt und Entwicklung der Stadt- und Ortskerne Kapitel 14 07 gemäß § 88 ff. LHO der Haushaltsjahre 2020 bis 2024
Vorlage: VIII/2024/00468
5. Beschlussvorlagen
- 5.1. Stellungnahme der Stadtverwaltung Halle (Saale) zur überörtlichen Prüfung von Kommunen des Landes Sachsen-Anhalt mit dem Schwerpunkt: „Organisation des EU-Beihilferechts im kommunalen Beteiligungsmanagement“
Teil 2 örtliche Erhebung in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VIII/2024/00442
- 5.2. Feststellung des Jahresabschlusses der Stadt Halle (Saale) zum 31.12.2023
Vorlage: VIII/2024/00445

6. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 6.1. Antrag der CDU-Fraktion zur Aufhebung finanz- und personalaufwendiger Stadtratsbeschlüsse
Vorlage: VIII/2024/00185 **ABGESETZT**
7. Mitteilungen
8. Anfragen von Fraktionen und Stadträten
9. Anregungen
10. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 29.08.2024
11. Beschlussvorlagen
12. Anträge von Fraktionen und Stadträten
13. Mitteilungen
14. Anfragen von Fraktionen und Stadträten
15. Anregungen

zu 3 Einwohnerfragestunde

Es lagen keine Einwohnerfragen vor.

zu 4 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 29.08.2024

Es gab keine Einwendungen gegen die Niederschrift vom 29.08.2024.

Abstimmungsergebnis: bestätigt

**zu 7.1 Information zur überörtlichen Prüfung der Finanzierung und Umsetzung des Programmes Lebendige Zentren – Erhalt und Entwicklung der Stadt- und Ortskerne
Kapitel 14 07 gemäß § 88 ff. LHO der Haushaltsjahre 2020 bis 2024
Vorlage: VIII/2024/00468**

Hierzu gab es keine Wortmeldungen.

zu 5 **Beschlussvorlagen**

zu 5.1 **Stellungnahme der Stadtverwaltung Halle (Saale) zur überörtlichen Prüfung von Kommunen des Landes Sachsen-Anhalt mit dem Schwerpunkt: „Organisation des EU-Beihilferechts im kommunalen Beteiligungsmanagement“ Teil 2 örtliche Erhebung in der Stadt Halle (Saale) Vorlage: VIII/2024/00442**

Herr Heym beantragte Rederecht für Herrn Heine. Diesem wurde einstimmig zugestimmt.

Frau Winkler fragte, ob die Stelle für einen Juristen im Bereich EU-Beihilferecht und Vergabe bereits besetzt ist.

Herr Stimpel antwortete, dass ein Stellenbesetzungsverfahren durchgeführt wurde und dass die Besetzung der Stelle zum 01.01.2025 geplant ist.

Herr Wilts fragte, ob der Stadt Schaden entstehen kann, sollte sie die Bearbeitungsziele gemäß der Seite 5 der Anlage nicht durchführen können.

Herr Heine sagte, dass theoretisch Rückzahlungsverpflichtungen entstehen können. Er führte aus, dass der Landesrechnungshof in bisherigen Gesprächen die genaue Dokumentation der Entscheidungen über Zahlungsflüsse an Dritte in den Vordergrund gestellt hat.

Herr Wilts zitierte einen Absatz der Anlage 1, Seite 16 und kritisierte, dass es in der Stadtverwaltung keine Übersicht über die im Jahr einem Empfänger gewährten Zuwendungsleistungen gibt. Er bat darum, dass sich die Verwaltung streng an die Umsetzungsvorschläge des Landesrechnungshofes hält.

Herr Stimpel sagte, dass die Verwaltung Kenntnis über die Höhe der finanziellen Mittel hat, welche sie an öffentliche Träger oder Verbände ausreicht. Zusätzlich sagte er, dass die Maßgaben des Landesrechnungshofes durch die Verwaltung eingehalten werden.

Frau Brederlow ergänzte, dass die Höhe der finanziellen Mittel aktuell in unterschiedlichen Bereichen erfasst wird, es lediglich noch keine große Übersicht gibt.

Herr Schachtschneider hinterfragte das Lokalisierungsprinzip, welches auf der Abfrage von Postleitzahlen beruht.

Herr Heine sagte, dass die Abfrage von Postleitzahlen nur ein Beispiel des Landesrechnungshofes darstellt, um bestimmte Prozentschwellen zu ermitteln.

Herr Schachtschneider sagte, dass mit einer Übersicht Mehrfachförderungen im Bereich Sport, Jugendhilfe oder Kultur vermieden werden können.

Herr Heine sagte, dass der Schlüssel zur Übersicht darin liegt, dass man sich in allen Bereichen an den vom Landesrechnungshof vorgeschlagenen Ablauf hält.

Herr Beermann bezog sich auf die Anlage 1. Er sagte, dass die Stadtverwaltung die Erstellung eines Regelwerkes ankündigt und regte Zügigkeit in der Thematik an.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, bat **Herr Heym** um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis sKE: einstimmig zugestimmt

Abstimmungsergebnis SR: einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

Der Stadtrat nimmt den Prüfbericht des Landesrechnungshofes zur Kenntnis und beschließt die Stellungnahme der Stadtverwaltung zur Organisation des EU-Beihilferechts im kommunalen Beteiligungsmanagement.

**zu 5.2 Feststellung des Jahresabschlusses der Stadt Halle (Saale) zum 31.12.2023
Vorlage: VIII/2024/00445**

Frau Wolff führte kurz in die Vorlage ein und begründete diese.

Herr Simeonow ergänzte mithilfe einer Präsentation die Vorstellung der Vorlage.

Die Präsentation ist im Session hinterlegt und einsehbar.

Herr Heym rief anschließend jede Randziffer des Prüfberichtes (Anlage 4 zur Vorlage) auf.

Herr Dr. Lochmann bezog sich auf Randziffer 7 und fragte, welche Maßnahmen die Verwaltung zur besseren Personalbindung plant.

Frau Brederlow sagte, dass Personalbindung fachbereichsübergreifend ein großes Thema ist. Sie fügte an, dass die Verwaltung mit den in der Dienstvereinbarung hinterlegten flexiblen Arbeitszeiten und die Möglichkeit auf mobiles Arbeiten sowie mit Feedbackgesprächen arbeiten. Sie sagte auch, dass die Gestaltungsmöglichkeiten im öffentlichen Dienst begrenzt sind aufgrund des geltenden Tarifvertrages.

Herr Dr. Lochmann betonte, dass ein gutes Arbeitsklima und gute Führungspersönlichkeiten für viele Angestellte oft bedeutsamer sind, als die Höhe der Entlohnung. Er bezog sich erneut auf Randziffer 7 und hinterfragte die Erwartung der Stadtverwaltung, dass der Bund für die Entschuldung der Kommunen aufkommt.

Herr Stimpel sagte, dass die Verwaltung es für sinnvoll hält, weiter auf den Umstand hinzuweisen und darauf hinzuwirken, dass sowohl Bund als auch Land die Kommunen bei der Entschuldung von den sogenannten Altschulden unterstützen.

Herr Wilts bezog sich auf Randziffer 13 und fragte nach dem aktuellen Sachstand zur Erstellung des Handlungsleitfadens.

Frau Brederlow sagte eine nachträgliche schriftliche Beantwortung zu

Herr Dr. Lochmann bezog sich auf Randziffer 13 und fragte, zu welchem Zeitpunkt die Prüfungshandlungen fortgeführt werden.

Herr Simeonow antwortete, dass er mit einer Fortführung im 1. Quartal des Jahres 2025 ausgeht.

Herr Wilts bezog sich auf Randziffer 63 und fragte, ob die Verwaltung eine Änderung plant.

Frau Wolff antwortete, dass die Verwaltung im Jahr 2023 einen Buchungsleitfaden erstellt hat, welcher seit November 2023 allen Mitarbeitern der Verwaltung zur Verfügung steht. Sie sagte, dass dadurch eine höhere Qualität der momentanen dezentralen Buchführung erzielt wird. Sie fügte an, dass dieser Leitfaden fortgeschrieben wird.

Herr Wilts bezog sich auf Randziffer 153 in Anlage 4 und fragte nach den konkreten Zahlen zu den Auswirkungen der Corona-Pandemie und des Krieges in der Ukraine.

Frau Wolff sagte eine schriftliche Antwort zu.

Herr Schiedung bezog sich auf Randziffer 166 und fragte, aus welchem Grund die Verwaltung die Aufwendungen für HzE nicht besser prognostizieren kann.

Frau Brederlow sagte, dass das mit der Systematik der Leistung zusammenhängt. Sie führte aus, dass beispielsweise ein Jahr im Voraus nicht klar ist, wie viele Menschen nach Halle ziehen oder wie viele Kinder die Stadt in Obhut nehmen muss. Das macht die genaue Voraussage so schwierig. Sie sagte jedoch auch, dass die Fallzahlen in den letzten Jahren stabil geblieben sind und die Kosten besonders durch die Tarifierhöhungen der Beschäftigten entstanden sind.

Herr Stimpel verweist als Ergänzung zu den Ausführungen von Frau Brederlow auf die im Session hinterlegte Präsentation aus der Sitzung des Unterausschusses für Haushaltskonsolidierung vom 19. September 2023.

Herr Schachtschneider fragte, ob die Diskrepanzen in den Aufwendungen für HzE in den nächsten Jahren geringer ausfallen.

Frau Brederlow betonte nochmals, dass aufgrund der unbekanntenen Faktoren eine Aussage dazu spekulativ wäre.

Frau Winkler hinterfragte das Mitspracherecht des Fachbereiches Finanzen bei dem Ansatz für die Aufwendungen für HzE.

Frau Brederlow sagte, dass das Festsetzen der Mittel ein Aushandlungsprozess mit dem Fachbereich Finanzen ist.

Herr Schiedung bezog sich auf Randziffer 339 und fragte, wie weit die Planung hinsichtlich der Erstellung einer verwaltungsinternen Arbeitsgruppe ist.

Herr Rebenstorf sagte, dass diese Arbeitsgruppe bis zum 31. Juli 2025 eingerichtet wird.

Herr Dr. Lochmann bezog sich auf Randziffer 396 und fragte, wie häufig in der Vergangenheit Fördermittel zu früh abgerufen wurden und wie hoch die Zinsen sind, die daraus entstanden. Zusätzlich fragte er, ob die Zinszahlungen und die Rückstellungen die gleiche Höhe haben.

Herr Rebenstorf sagte eine nachträgliche Beantwortung zu.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, bat **Herr Heym** um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis skE: einstimmig zugestimmt

Abstimmungsergebnis SR: einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

1. Der Stadtrat beschließt gem. § 120 Abs. 1 KVG LSA den geprüften Jahresabschluss 2023 mit einer Bilanzsumme von 2.208.560.453,32 EUR. Der Fehlbetrag in Höhe von 9.338.567,13 EUR wird gemäß § 23 KomHVO auf neue Rechnung vorgetragen und **in aus der** Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses **übertragen entnommen**.
2. Der Stadtrat erteilt dem Oberbürgermeister gemäß § 120 Abs. 1 KVG LSA für den Jahresabschluss zum 31.12.2023 die Entlastung.

zu 6 Anträge von Fraktionen und Stadträten

zu 6.1 Antrag der CDU-Fraktion zur Aufhebung finanz- und personalaufwendiger Stadtratsbeschlüsse Vorlage: VIII/2024/00185

Abstimmungsergebnis: abgesetzt

Beschlussvorschlag:

Aufgrund bestehender Haushaltslage und zur Sicherung der zukünftigen finanziellen und personellen Handlungsfähigkeit hebt der Stadtrat folgende im Jahre 2024 getroffenen Beschlüsse auf:

1. Beschluss zur Aufstellung eines Kulturentwicklungsplanes (VII/2023/05683) vom 24.04.2024
2. Beschluss zur Erarbeitung einer Engagementstrategie (VII/2024/07083) vom 29.05.2024
3. Beschluss zur Erarbeitung einer Transparenzsatzung (VII/2024/07084) vom 29.05.2024
4. Beschluss von Leitlinien für die informelle Bürgerbeteiligung (VII/2023/06596) vom 29.05.2024

zu 7 Mitteilungen

Es lagen keine weiteren Mitteilungen vor.

zu 8 Anfragen von Fraktionen und Stadträten

Es lagen keine Anfragen von Fraktionen und Stadträten vor.

zu 9 Anregungen

Es gab keine Anregungen.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, beendete **Herr Heym** die öffentliche Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses und bat um Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

Für die Richtigkeit:

Carsten Heym
Ausschussvorsitzender

Lisa Leluk
Protokollführerin